



Wir übernehmen Verantwortung.

**Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN in Erfstadt**

Ratsperiode 2025–2030

Präambel

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen gemeinsam Verantwortung für Erftstadt. Wir verbinden das Ziel einer soliden, generationengerechten Haushaltspolitik mit dem Anspruch, unsere Stadt lebenswert, sicher und zukunftsfähig zu gestalten. Die Herausforderungen sind erheblich: eine angespannte Finanzlage, Nachholbedarf bei Infrastruktur und Digitalisierung, der notwendige Umbau zu klimafreundlicher Mobilität und Energieversorgung sowie die Sicherung des sozialen Zusammenhalts.

Diese Koalition gründet auf der Überzeugung, dass pragmatische Lösungen nur im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und gesellschaftlichen Partnern gelingen. Wir verpflichten uns zu transparenter Kommunikation, verlässlicher Zusammenarbeit und der konsequenten Umsetzung der hier vereinbarten Ziele.

1. Finanzen und Haushalt

Leitlinien

Ein nachhaltiges und generationengerechtes Wirtschaften steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir streben eine transparente Haushaltsführung an, indem der Haushaltsplan verständlich aufbereitet und veröffentlicht wird. Wichtig sind zudem transparente und aussagefähige Quartalsberichte.

Sämtliche haushaltsrelevanten Vorgänge, die neue Vorhaben umfassen oder bestehende Vorgänge ausweiten, sind vor dem Hintergrund der Vorgaben der Haushaltssicherung und dem Ziel eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes zu betrachten. Aufgabenzuwächse, neue Projekte oder Aufgabenausweitungen sollen in der Regel nach dem Prinzip der Kompensation durch Einsparungen in anderen Bereichen gedeckt werden. Das bedingt eine klare Priorisierung und ganzheitliche Betrachtungsweise über alle Fachgebiete hinweg.

Konkrete Vorhaben

Die finanzielle Situation der Stadt bedarf neben den Bemühungen zur Konsolidierung und Erhöhung der Einnahmen auch der Aufgabenkritik (sowohl Zweck- als auch Vollzugskritik) sowie einer guten finanziellen Steuerung. Wir erwarten daher die Einführung eines Instruments seitens des Kämmers, dass die finanzielle Steuerung der Stadt, inklusive aller Eigenbetriebe und des SEB, dauerhaft sicherstellt und überwacht. Mit diesem Instrument wird die Weiterentwicklung des Controllings sowie die kontinuierliche Verbesserung der Prozesse vorangetrieben.

Die Wirtschaftsförderung soll mit dem Ziel gestärkt werden, die Gewerbesteuerentnahmen zu steigern.

Eigenbetrieb Immobilien

Aufgrund der vorliegenden Informationen sehen wir die Eingliederung des EB Immobilien in die Kernverwaltung äußerst kritisch. Es ist anzunehmen, dass eine

Eingliederung des Eigenbetriebs aufgrund der vorgetragenen Verluste einen zu großen negativen Einfluss auf den städtischen Haushalt hat. Es droht ein Nothaushalt.

Wir erwarten ein Konzeptpapier, das für die nächsten 5 Jahre aufzeigt, wie der EB Immobilien so aufgestellt werden kann, dass insbesondere die finanziellen Auswirkungen der Einbringung auf den Kernhaushalt minimiert werden (z.B. jährliche Reduzierung der EK-Verzinsung oder Reduzierung der Mietsubventionierung durch den EB).

Das beauftragte, aber immer noch nicht vorliegende Gutachten der Wirtschaftsprüfer wird zur Plausibilisierung bzw. für weiteren Input herangezogen, bevor eine abschließende Entscheidung getroffen werden kann.

Das Mieter-/Vermietermodell ist zwischen dem EB und dem Kernhaushalt neu zu definieren. Ein auf Langfristigkeit und Kostendeckung angelegtes Bewirtschaftungsmodell ist zu entwickeln bzw. zu optimieren.

Fördermittelmanagement

Durch die Einrichtung eines strukturierten Fördermanagements sollen Akquise und Nutzung von Fördermitteln verbessert werden.

2. Verwaltung und Personal

Organisationsentwicklung

Wir wollen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zur Optimierung der Organisationsprozesse in der Verwaltung etablieren.

Neben allgemeiner Aufgabenkritik muss auch eine Prüfung auf ein sinnvolles Verhältnis zwischen internen und externen Leistungen betrachtet werden.

Personalgewinnung und -bindung

Wir setzen uns für bessere Bewerbungsprozesse auf der Webseite der Stadt ein. Der Bewerbungsprozess soll vollständig digitalisiert werden.

Wir streben eine Verstetigung des Deutschlandtickets als Benefit für Mitarbeitende an.

Das beschlossene Personalentwicklungskonzept wird fortgeschrieben.

Wir wollen moderne Arbeitsbedingungen (z.B. flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten/Homeoffice) ermöglichen, um bei gleichbleibender Qualität der Servicequalität für Bürger und Bürgerinnen die Arbeitgeberattraktivität zu erhöhen.

Digitalisierung und Bürgerdienste

Wir wollen digitale Bürgerdienste konsequent weiterentwickeln und kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bürgerbüro weiterführen.

Wir prüfen die Umsetzung einer App für digitale Dienstleistungen der Stadt, beispielsweise wie die App „Sag's uns einfach“ (Kategorie auswählen → Problem beschreiben → Standort angeben → optional Foto hochladen → eigene Kontaktdaten für Rückmeldung hinterlassen).

Digitale Informationstafeln an zentralen Orten im Stadtgebiet werden geprüft.

Gemeinwohlorientierte Tätigkeiten

Wir beabsichtigen die Anwendung des §5 Asylbewerberleistungsgesetz, um Geflüchteten während des Asylverfahrens gemeinwohlorientierte Tätigkeiten im öffentlichen Raum zu ermöglichen. In Betracht kommen dabei unter anderem die Pflege von Spielplätzen, punktuelle Unterstützung bei der Grünpflege, Aufräumarbeiten nach Großveranstaltungen oder Winterdienst an Haltestellen und öffentlichen Plätzen. Die Verwaltung erstellt hierzu ein Konzept und plant dabei eine Evaluierung nach ca. zwei Jahren ein.

3. Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Leitlinien

Die Stadtentwicklung soll nicht nur Lechenich und Liblar in den Blick nehmen, sondern alle Stadtteile gleichermaßen berücksichtigen. Wir streben eine moderate Entwicklung an und entwickeln Flächen entsprechend dem Regionalplan. Darüber hinaus sollen weitere Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Die bestehenden Bebauungspläne werden laufend geprüft und Kernprojekte festgelegt. Die Verwaltung berichtet dem Rat regelmäßig über den Stand der Umsetzung.

Wohnungsbau

Derzeit existiert ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Erftstadt. Wir wollen Wohnraum schaffen, unter anderem in Kooperation mit Partnern wie Wohnungsbaugesellschaften.

In Bebauungsplänen und Vorhaben, die den Abschluss von städtebaulichen Verträgen erfordern, soll eine Quote von mindestens 30 % gefördertem Wohnraum verpflichtend vereinbart werden. Hiervon darf nur abgewichen werden, wenn

a) für die erforderliche Anzahl von Wohneinheiten nachweislich nach rechtzeitiger und vollständiger Antragstellung keine oder nicht ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen oder

b) die wirtschaftliche Tragfähigkeit nachweislich nicht gegeben ist.

In diesen Fällen sind geeignete Ausgleichsmaßnahmen zur Förderung sozialen Wohnens zu prüfen. Über die Ausnahmen entscheidet der Stadtentwicklungsausschuss auf Grundlage transparenter und vorab festgelegter Kriterien.

Das 2017 beschlossene Wohnungsbauprogramm wird an die aktuellen städtebaulichen Möglichkeiten angepasst; der SEB wird als Umsetzungsakteur eingebunden.

- 110 Eine Wohnraumschutzsatzung wird geprüft, um Wohnraum vor Zweckentfremdung
111 zu sichern (AirBnB, Pension).
- 112 Die Berechtigungen bei Wohneinheiten mit Wohnberechtigungsschein werden fort-
113 laufend kontrolliert.
- 114 Der Sozialausschuss entscheidet über die Belegungskriterien der Erstbelegung von
115 geförderten Wohnungen in städtischem Eigentum.
- 116 Die Einführung eines Leerstandskatasters wird geprüft, um Wohnungen, Häuser und
117 Gewerbeflächen zu erfassen und zu aktivieren.

118 **Wohnformen und Quartiersentwicklung**

- 119 Es sollen umsetzbare und pragmatische Wohnkonzepte erarbeitet werden, die für äl-
120 tere Menschen ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben außerhalb von statio-
121 nären Altenpflegeeinrichtungen ermöglichen. Dabei sollen Ansätze wie inklusives und
122 generationenübergreifendes Wohnen verfolgt werden.
- 123 Wir planen Wohngebiete mit sozialer Mischung, die Wohnraum für junge Menschen,
124 Familien und ältere Menschen kombinieren.
- 125 Dazu gehört Unterstützung zur Planung und Umsetzung neuer Wohnformen auf
126 städtischen Flächen und in Bebauungsplänen, darunter Mehrgenerationenhäuser,
127 betreutes Wohnen und gemeinschaftlicher Wohnprojekte.

128 **Ortskerne und öffentlicher Raum**

- 129 Die Ortskerne sollen aufgewertet werden. Öffentliche Plätze werden, wo möglich,
130 durch Begrünung, Bänke und Beete attraktiver gestaltet. Dabei sollen auch weiterhin
131 Beetpatenschaften mit Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden.
- 132 Eine ausreichende Nahversorgung in den Stadtteilen wird angestrebt. Dabei sind
133 auch mehrgeschossige Lösungen denkbar, bei denen barrierefreie Wohnungen über
134 Geschäften entstehen.
- 135 Das bestehende Einzelhandelskonzept wird aktualisiert.

136 **Bauen und Baustandards**

- 137 Bei der Planung von Mehrfamilienhäusern wird nach Möglichkeit eine Lage innerhalb
138 der Orte bevorzugt. Bei Einfamilienhäusern sind in der Regel zwei Stellplätze vorzu-
139 sehen, bei Mehrfamilienhäusern werden die geforderten Stellplatzmöglichkeiten im
140 Einzelfall geprüft.
- 141 Bei Bauvorhaben und Sanierungen in städtischen Gebäuden werden grundsätzliche
142 Maßnahmen priorisiert betrachtet: Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Gründächer,
143 Fassadenbegrünung und effiziente Nutzung.
- 144 Für neue Bebauungsgebiete werden ökologische Bebauungskriterien festgelegt.
- 145 Bei neuen Baugebieten wird die Vorgabe von Retentionszisternen geprüft. Die Nie-
146 derschlagsgebühr wird überarbeitet, um die Nutzung von Zisternen zu berücksichti-
147 gen.

Bei Gewerbeneubauten wird die gesetzliche Verpflichtung zur Installation von Photovoltaik und/oder Gründächern konsequent umgesetzt; bei Sanierungen nach Möglichkeit. Städtische Beratungsangebote werden in Kooperation mit dem EkoZet etabliert.

Allgemein werden die Beratungsangebote des EkoZet für energetische Sanierung und Modernisierung sowie für die Sanierung von Altbestand bekannter gemacht.

Tourismus und Wirtschaft

Der Tourismus in Erftstadt soll gefördert werden. Dazu gehört die Anbindung an das kreiseigene Tourismusprogramm, sowie die Ansiedlung eines Hotels für Touristen und Messebesucher.

Es wird ein Gewerbekataster geprüft, über das sich Unternehmen über die Ansiedlungsbedingungen in Erftstadt informieren können.

4. Mobilität und Verkehr

Leitlinien

Mit der vollständigen Umsetzung des beschlossenen Mobilitätskonzeptes soll der Übergang zu einer nachhaltigen Mobilität frühzeitig gestaltet anstatt verwaltet werden. Die Priorität der Maßnahmen wird gemeinsam festgelegt.

Straßen, Rad- und Gehwege

Bestehende Lücken im Straßen-, Rad- und Gehwegenetz sollen sukzessive geschlossen werden. Hierfür und für die Verbesserung des kommunalen Straßenzustandes werden die bisher vorgesehenen Mittel nach Möglichkeit aufgestockt.

Es wird geprüft, welche neuen Techniken zukünftig für die dauerhaftere Ausbesserung von Schlaglöchern genutzt werden können.

Eine Lösung für den Radverkehr an der Bonner Straße ist dringend erforderlich.

Die Radverkehrssituation wird insgesamt verbessert.

Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept

Im kurzfristigen und mittelfristigen Zeitraum sollen folgende Maßnahmen überprüft, konzeptionell vorbereitet und bestmöglich umgesetzt werden:

- Stärkung des Mobilitätsmanagements in der Verwaltung
- Errichtung von Fahrradstraßen unter Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner
- Ausbau von ÖPNV-Haltestellen zu Mobilstationen
- Erstellung eines Radvorrangnetzes
- Prüfung von Radschnellwegen
- Fußgängerfreundliche Querungsanlagen
- Optimierung der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet

- 184 • Ausbau des Carsharing-Angebots
- 185 • On-Demand-Verkehr
- 186 • Erstellung eines kommunalen Parkraumkonzepts
- 187 • Einführung von Parkraumbewirtschaftungsmodellen
- 188 • Einheitliches Wegweisungssystem für den Radverkehr

189 **Schulwege und Verkehrssicherheit**

190 Schaffung von sicheren Schul- und Kitawegen und Reduzierung von Hol- und Bring-
191 verkehr. Dazu gehören Schulstraßen, sichere Querungshilfen, Fahrradabstellanlagen
192 unter Einbindung von Eltern- und Schülervertretungen.

193 Prüfung Einrichtung weiterer Tempo-30-Zonen, nicht nur im Umfeld von Schulen und
194 Kitas, und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

195 Weiterentwicklung der Verkehrssituation in Lechenich mit Fokus auf Verkehrsberuhi-
196 gung und einer besseren Vernetzung der Verkehrsträger.

197 **Parken**

198 Die Parkraumbewirtschaftung wird bedarfsgerecht ausgeweitet.

199 Das bestehende Anwohnerparken wird erweitert. Ortsspezifische und quartiersbezo-
200 gene Anwohnerparkausweise sollen ermöglicht bzw. weiterentwickelt werden.

201 **ÖPNV und alternative Mobilität**

202 Eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs durch optimierte Anbindung und
203 Taktung der Buslinien wird geprüft, insbesondere für die Abendstunden und das Wo-
204 chenende.

205 Es wird geprüft, wo Busse durch Mobie ersetzt werden können und wo mehr Busse
206 benötigt werden.

207 In Absprache mit dem Kreis wird eine bedarfsgerechte Erweiterung des Leihfahrrad-
208 Systems mobic angestrebt. Die zusätzliche Bereitstellung von Lastenrädern wird ge-
209 prüft.

210 Perspektivisch wird eine Anbindung der westlichen und südlichen Stadtteile an den
211 Schienenverkehr angestrebt, z.B. durch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 18
212 als Direktverbindung nach Köln.

213 Wir setzen uns dafür ein, dass während der Sperrung der Eifelstrecke möglichst gute
214 Ersatzangebote geschaffen werden und die Stadt rechtzeitig und stetig darüber infor-
215 miert.

216 **Perspektivische Projekte**

217 Wir halten weiterhin an der Notwendigkeit der Westumgehung Lechenich-Konrads-
218 heim-Dirmerzheim fest.

5. Sicherheit, Ordnung und Katastrophenschutz

Zusammenarbeit der Akteure

Wir legen Wert auf gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Feuerwehr, Rettungsdienst, Ordnungsamt, Polizei und Krankenhaus.

Der Katastrophenschutz wird durch eine abgestimmte Koordination von Stadt, Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen und Landwirten gestärkt.

Eine dauerhafte Präsenz von Polizeikräften in Erftstadt ist durch die Polizeiwache in Lechenich gesichert.

Wir wollen, dass eine leicht verständliche Notfall-Broschüre an alle Erftstädter Haushalte verteilt wird – mit klaren Informationen zur Vorsorge, Selbstverantwortung, lokalen Anlaufstellen und praktischem Verhalten im Ernstfall (Hochwasser, Extremwetter, sonstige Krisensituation). Dazu gehört auch die Information über die Leuchttürme als lokale Anlaufpunkte für die Stadtteile im Katastrophenfall. Sie dienen auch als Koordinationsstelle für Verwaltung und überörtliche Behörden.

Feuerwehr

Wir sorgen im Rahmen unserer Zuständigkeit für die notwendige personelle und zweckmäßig materielle Ausstattung unserer Feuerwehr zur guten und sicheren Aufgabenerfüllung.

Der Brandschutzbedarfsplan wird zügig umgesetzt und weiterentwickelt.

Der Neubau der zentralen Feuerwache in Lechenich sowie die Standorte in Friesheim und Bliesheim sind bereits in konkreter Planung. Darüber hinaus soll eine Notstrom-Versorgung für die Leuchttürme (Notfallstationen in Erftstadt) gewährleistet werden. Bei der Umsetzung wird auch geprüft, ob General- oder Totalunternehmer eingesetzt werden können.

Am Standort Friesheim wird zudem rund um die Uhr ein zusätzlicher Rettungswagen zur schnellen Versorgung der südlichen Ortsteile stationiert.

Wir wollen eine Kinderfeuerwehr wie in Hürth einführen, um frühzeitig Nachwuchs zu gewinnen.

Wir setzen auf eine breite Unterstützung des Ehrenamts in der Feuerwehr, die alle Engagierten gleichermaßen einbezieht und ausreichende Infrastruktur und Unterstützung für Mädchen und Frauen bereitstellt.

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes sollen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden, wie etwa Führerscheine.

Ab einem Beschaffungsvolumen von 50.000 Euro wird der Ausschuss über die eingegangenen Angebote informiert.

Ordnungsamt

Wir wollen Sicherheit durch engere Zusammenarbeit und Präsenz von Polizei und Ordnungsamt in unserer Stadt schaffen.

Wir vereinbaren einen Ausbau des kommunalen Ordnungsdienstes. Auch an Wochenenden soll das Ordnungsamt präsent sein.

Grundsätzlich wollen wir flexiblere, flächendeckendere Überwachungszeiten des Ordnungsamtes bis in die Abendstunden, wir prüfen daher die personelle Aufstockung der Überwachungskräfte und ob dazu Minijobber eingesetzt werden können. Weitere Stellen im Ordnungsamt werden geschaffen, um die konsequente Überwachung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten - auch an Brennpunkten und Angsträumen.

An problematischen Punkten wird eine bessere Beleuchtung oder Umgebungsgestaltung angestrebt.

Problematische bauliche Zustände werden durch die Stadt Erftstadt konsequent überwacht und ausreichend gesichert.

Verpackungsmüll und Mehrweg

Wir setzen uns für weniger Verpackungsmüll im Stadtgebiet ein. Dazu sollen Mehrwegverpackungen für die Gastronomie durch die Wirtschaftsförderung bekannter gemacht werden. Wir beobachten weiterhin die Entwicklungen rund um das Aufkommen des Einwegverpackungsmülls und prüfen weitere Kontrollen und Maßnahmen zur Durchsetzung des EU-Einwegplastikverbots.

Natur- und Landschaftsschutz

Wir setzen einen Schwerpunkt auf den Schutz des Landschafts- und Wasserschutzbereichs Erftaue und sichern dessen ökologische Funktion langfristig ab.

Bauliche Entwicklungen und Anlagen, insbesondere tierwohlgefährdende Pferdeanlagen im landwirtschaftlichen Außenbereich, werden eng begleitet und ggf. auf das notwendige Maß begrenzt.

6. Soziales, Gesundheit und Integration

Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen

In den Situationen, in denen ältere Menschen und Angehörige verschiedene Formen der Beratung, Begleitung und Pflege brauchen, erweitern wir eine zukunftsfähige Unterstützungsstruktur.

Erstrebenswerte und zu prüfende Maßnahmen:

- Kooperation mit bestehenden Seniorenberatungen zur Stärkung und Erweiterung der kompetenten Beratungsstruktur für Seniorinnen und Senioren
- Förderung und Weiterbildung von pflegenden Angehörigen

- Veröffentlichung von in der Stadt tätigen Pflegediensten
- Beratung zur Umnutzung von barrierefreiem Wohnraum (Errichtung eines kommunalen Pflegestützpunktes)
- Beratung für Umbau / Wohntauschprogramme etc. zur Anpassung der benötigten Lebensräume
- Schaffung von präventiven Angeboten zur Vermeidung von Einsamkeit und sozialer Isolation, u.a. durch generationsübergreifende Treffpunkte
- Prüfung der Möglichkeiten zur Ausweitung der Randzeitenbetreuung zur besseren Versorgung von Schichtarbeitenden, nicht nur in der Pflege.

Gesundheitsversorgung

Wir setzen uns ein, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger in Erfstadt eine verlässliche, qualitative Infrastruktur im Gesundheitswesen für alle Generationen ermöglichen.

Wir setzen uns ein für Einrichtung und Unterstützung eines gut erreichbaren Kinderärztlichen Notdienstes ein, um schnelle und flexible Betreuung in akuten Notlagen sicherzustellen.

Wir wollen aktiv dazu beitragen, dass sich mehr Haus- und Fachärztinnen und -ärzte in den Ortsteilen von Erfstadt ansiedeln, etwa durch gezielte Anreize, Unterstützung bei der Niederlassung und gute Rahmenbedingungen vor Ort.

Wir halten das Marienhospital Erfstadt für einen wichtigen Ort der Grundversorgung und setzen uns dafür ein, dass dieses in Erfstadt verbleibt.

Vielfalt, Inklusion und Chancengerechtigkeit

Wir sind uns bewusst, dass Erfstadt Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Identitäten und Lebensentwürfe ist. Gemeinsam gestalten wir eine offene, integrative, inklusive und diskriminierungsfreie Stadt, in der jede und jeder für die eigene Lebensgestaltung die gleichen Chancen bekommen soll.

Wir fördern eine offene Stadtgesellschaft, in der Vielfalt aktiv sichtbar gemacht wird, unter anderem durch Veranstaltungen und Bildungsangebote. Dazu zählen der Aktionsplan „Queer Leben“ auf kommunalpolitischer Ebene und Maßnahmen zur Sensibilisierung für das Thema „Gewalt gegen Frauen“.

Wir stärken die Gleichstellungsbeauftragte als zentrale Ansprechperson für die Themen Vielfalt und Chancengleichheit sowie die Vernetzung von Frauen.

Umsetzung des Inklusionskonzeptes
z.B.:

- Koordination und Umsetzung des Inklusionskonzeptes
- Wir setzen uns ein für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes auf kommunaler Ebene

- Verbesserung der Barrierefreiheit durch den systematischen Abbau von Hindernissen in öffentlich zugänglichen Gebäuden, beispielsweise im Stadtbild, im ÖPNV, bei Kultur- und Sportangeboten

Wir möchten, dass Informationen und Vorgaben von allen Menschen verstanden und umgesetzt werden können, darum setzen wir uns für den Ausbau von verständlichen, ggf. auch mehrsprachigen Informationsangeboten und Anweisungen ein.

Integration

Verbesserung der Begleitung und Unterstützung für Geflüchtete, damit diese schnellstmöglich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integriert werden können. Dazu gehört eine gesicherte personelle Ausstattung der Integrationsarbeit.

Zur besseren Integration soll eine sozialraumorientierte und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten angestrebt werden, damit sich keine sozialen Brennpunkte entwickeln. Unterkünfte sollten dabei in Stadtteilen verteilt werden, die eine ausreichende Infrastruktur für die Integration haben.

Weitere soziale Maßnahmen

Der Demographie- und Sozialbericht wird einschließlich Sozialraumanalysen fortgeschrieben und als strategisches Steuerungsinstrument etabliert.

Für Obdachlose ohne Unterkunft werden Maßnahmen ergriffen, etwa die Einrichtung von Duschmöglichkeiten am Ahremer Lichtweg.

An allen öffentlichen Toiletten werden kostenfreie Menstruationshygieneartikel bereitgestellt.

Über Kampagnen wie Blutspende, Stammzellenspende etc. wird regelmäßig über die Plattformen der Stadt informiert.

7. Kinder, Jugend und Familie

Kindertagesstätten

Eine pauschale Erhöhung der Kita-Gebühren schließen wir aus. Eine Überarbeitung in Richtung zielgerichteter Gebühren, wo hoher Personaleinsatz und somit Kosten anfallen, wird ggf. betrachtet.

Die Randzeiten werden flexibilisiert. Tageseltern dienen als Ergänzung zum Kita-Angebot.

Die Kita Lechenich Süd und die Erweiterung Kita Köttingen sollen schnellstmöglich fertiggestellt werden.

Die Kita-App wollen wir weiter ausrollen und vereinheitlichen.

Personalkonzept: Insbesondere Benefits, Aus- sowie Weiterbildung und Bindung von Fachkräften im Kita-Bereich müssen berücksichtigt werden.

Der Springerpool wird weiter optimiert.

363 **Kinder- und Jugendschutz**

364 Der Kinder- und Jugendschutz ist für uns zentral. Frühe Hilfen, Erziehungsberatung
365 wollen wir absichern.

366 Die Verwaltung wird ggf. unter Hinzuziehung geeigneter Beratungsleistungen beauf-
367 tragt, ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, um die Kosten der Hilfe zur Erziehung,
368 speziell der stationären Unterbringung, einzudämmen. Dabei sind vor allem auch
369 sinnvolle ambulante Präventionsmaßnahmen und die ortsnahe Unterbringung in fa-
370 miliennahen Betreuungsangeboten, wie z.B. Pflegeeltern, zu betrachten.

371 **Jugendarbeit**

372 Die stationäre Jugendarbeit in Köttingen, Liblar und Lechenich bleibt erhalten.

373 Jugendzentren haben nur einen Sinn, wenn sie regelmäßig geöffnet sind. Wir wollen
374 attraktive Öffnungszeiten für Jugendliche.

375 Jugendarbeit sollte nah an den Jugendlichen sein, auch durch aufsuchende Jugend-
376 arbeit.

377 **Jugendbudget und Ferienspiele**

378 Die Festlegung auf prozentuale Anteile am Jugendbudget und somit eine pauschale
379 Erhöhung lehnen wir ab. Bei Erhöhungen braucht es konkrete Projekte dahinter.

380 Wir unterstützen weiterhin die Ausrichtung von Ferienspielen und stellen Finanzie-
381 rungsmittel rechtzeitig zur Verfügung. Es braucht frühzeitig Finanzierungssicherheit
382 für die Ausrichter von Ferienspielen.

383 **Politische Partizipation**

384 Politische Partizipation über Speed-Debating und weitere bereits entwickelte Formate
385 sollen weiter ausgeweitet werden. Dabei wollen wir weiterhin die Schulen einbinden.

386 **Spielplätze**

387 Für die Spielplätze werden wir ein bedarfsgerechtes Budget bereitstellen. Spielplätze
388 sollten klimaresilient, mit mehr Schatten und inklusiven Spielgeräten weiterentwickelt
389 werden.

390 Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir prüfen, in welchen Wohngebieten wir
391 Spielplätze benötigen, wo Spielplätze für ältere Zielgruppen angepasst werden soll-
392 ten und wo Flächen im Gegenzug freigegeben werden müssen.

393 Wir wollen Spielplatzpatenschaften weiterhin fördern.

8. Bildung

Ausbau des Rechtsanspruchs auf Offene Ganztagsschulen (OGS)

Wir verpflichten uns, den Rechtsanspruch auf Offene Ganztagsschulen auszubauen und eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Der notwendige bauliche und personelle Ausbau erfolgt in enger Abstimmung mit der Verwaltung und wird finanziell nachhaltig unter Berücksichtigung der tatsächlichen Betriebskosten durch das Land gesichert. Die Maßnahmen werden regelmäßig auf ihre pädagogische Qualität und kommunale Finanzierbarkeit hin überprüft.

Für eine echte Bildungspartnerschaft wird die verbindliche Einbindung von Ehrenamtlichen, Sportvereinen, Musikschulen und kulturellen Akteuren in den Ganztag gestärkt.

Modernisierung und Sanierung von Schulgebäuden

Die Sanierung und Modernisierung der schulischen Infrastruktur wird unter Berücksichtigung von Energieeffizienz, Barrierefreiheit und Hitzeschutz vorangetrieben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der rechtzeitigen Fertigstellung der Sanierung der Schule in Lechenich bis zum Jahr 2028.

In den Grundschulen werden Differenzierungs- und Rückzugsräume eingerichtet sowie Inklusionsräume ausgebaut, orientiert an den LES-Förderbedarfen.

Digitalisierungsinitiative für Schulen

Ein flächendeckender Ausbau von Breitband-Internet und WLAN in Bildungseinrichtungen wird sichergestellt. Parallel dazu wird die Ausstattung der Schulen mit digitalen Lehr- und Lernmedien wo möglich erweitert und eine fachgerechte und auskömmliche Administration gestärkt. Es wird geprüft, wie man durch städtische Initiativen die digitale Mündigkeit unterstützen kann.

Stärkung der baulichen Voraussetzungen für Inklusion und Barrierefreiheit

Die Umsetzung eines umfassenden Inklusionskonzepts wird konsequent weitergeführt. Dabei werden barrierefreie Räume geschaffen und regelmäßige Qualitätskontrollen in Schulen durchgeführt, um die pädagogischen und baulichen Standards zu sichern. Die finanzielle und technische Umsetzung zur Herstellung der Barrierefreiheit wird im Kapitel „Bauen und Immobilien“ konkretisiert und sichergestellt.

Stärkung außerschulischer Bildungsangebote

Außerschulische Bildungsangebote und -orte werden als unverzichtbare Ergänzung für die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung von Werten und Verantwortung gestärkt. Die Kooperation mit unseren lokalen Vereinen, Kirchen und gemeinnützigen Initiativen wird verbindlich ausgebaut, um insbesondere das

bürgerschaftliche Engagement zu fördern, die Pflege von Brauchtum, Tradition und regionaler Identität zu sichern sowie Wirtschafts- und Naturkunde anhand regionaler Produkte zu vermitteln. Zudem sollen diese Kooperationen dazu dienen, Kompetenzen zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz praxisnah zu vermitteln. Ziel ist die Entlastung der schulischen Infrastruktur bei gleichzeitiger Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung durch die Einbindung des Ehrenamts.

Demokratische Bildung stärken

Politische Bildung und die Förderung demokratischer Kompetenzen erhalten besondere Aufmerksamkeit. Hierzu zählen regelmäßige Projekte und Programme, die gemeinsam mit den Jugendzentren und Jugendorganisationen durchgeführt werden.

Gewaltprävention und Mobbingbekämpfung

Die Koalition sieht die Sicherheit und Ordnung in Schulen als grundlegende Voraussetzung für erfolgreiches Lernen. Daher wird die konsequente Umsetzung der Konzepte zur Gewaltprävention und Mobbingbekämpfung städtisch umfassend unterstützt. Im Zentrum dieser Strategie steht die dauerhafte und gesicherte Finanzierung der Schulsozialarbeit, die als zentrale Anlaufstelle fungiert. Die Schulsozialarbeit wird befähigt, sowohl mobile Präventionsarbeit zu leisten als auch die verbindliche Kooperation mit externen Partnern aus den Bereichen Jugendhilfe, Polizei und Beratungsstellen zu intensivieren. Ziel ist die frühestmögliche Intervention, um ein respektvolles Schulklima zu gewährleisten und klare Konsequenzen bei Regelverstößen zu ermöglichen.

Volkshochschule (VHS)

Die Volkshochschule wird bedarfsgerecht ausgestaltet, mit einem Schwerpunkt auf Deutschkursen, digitaler Bildung und beruflicher Weiterbildung, um die Integration, generationsübergreifende Bildungsangebote und lebenslanges Lernen zu fördern.

Stärkung Erftstadt als Bildungsstandort

- Kooperation der Hochschulen und des Campus Kreishandwerkerschaft mit lokalen Schulen
- Stärkung Erftstadt als Hochschulstandort
- TH Köln mit Forschungscampus als Bildungspartner für die Schulen (Sek II + Sek I)

Grundschule Liblar

Wir prüfen perspektivisch eine weitere Grundschule in Liblar.

Verbesserung Schulwegsicherheit

Wie im Kapitel Mobilität beschrieben, soll die Schulwegsicherheit stetig verbessert werden. Dabei sind die Schulen einzubinden.

9. Ehrenamt, Kultur und Sport

Ehrenamt

Das Ehrenamt ist das Rückgrat unseres sozialen Miteinanders. Wir werden auch künftig verlässlicher Partner unserer sozialen Träger, Vereine und Dorfgemeinschaften sein.

Ortsgemeinschaften werden weiterhin unterstützt. Gemeinschaftseinrichtungen sollen für alle transparent und bestmöglich durch das Ehrenamt genutzt werden.

Ein Ehrenamtsmanagement für alle sozialen und gemeinwohlorientierten Initiativen, Vereine, Verbände und Kirchen wird gestützt und ausgebaut.

Verlässliche Ansprechpersonen für Vereine und Verbände werden innerhalb der Verwaltung gestärkt.

Es soll geprüft werden, ob – wie in anderen Kommunen praktiziert – Zusatzrentenansparpläne für Ehrenamtler angeboten werden können.

Wir werden zeitnah die Zuschussrichtlinien überarbeiten, um verbindliche Regelungen für die finanzielle Unterstützung unserer Vereine zu gewährleisten.

Kultur und Musikschule

Erftstadt hat ein im Wesentlichen ehrenamtlich getragenes Kulturangebot. Wir möchten weiterhin dieses durch städtische Räumlichkeiten und die neu zu beschließenden Zuschussrichtlinien unterstützen. Die städtische Kulturabteilung koordiniert und unterstützt darüber hinaus die kulturellen Angebote der Stadt und der städtischen Organisationen wie der Volkshochschule und Musikschule, sowie der Vereine.

Wir bekennen uns zur Musikschule als Teil der Erftstädter Bildungslandschaft. Als solches liegt der Fokus der Musikschule auf der Breitenförderung der musischen und kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen der Stadt Erftstadt. Dennoch wird zu prüfen sein, in welchem Umfang die Musikschule einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann.

Es wird geprüft, wie zukünftig in die Musikschulimmobilie für deren Erhalt investiert werden kann.

Das Angebot von Bücherschränken soll auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

Sport und Freizeit

In Kooperation mit gesellschaftlichen Partnern werden Jugendräume eingerichtet und dezentrale offene Angebote und Treffpunkte geschaffen. Dazu zählen beispielsweise Grillhütten, Aufenthaltsorte, Graffiti-Wände, ein Skaterpark, Basketballfelder oder eine BMX-Strecke.

Die Stadtbibliothek soll als Begegnungsstätte weiterentwickelt werden. Dazu gehört der Ausbau digitaler Angebote sowie niedrigschwellige Formate, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen.

504 Die Anlage einer Hundewiese im Stadtgebiet wird geprüft.

505 **10. Klimaschutz und Umwelt**

506 **Leitlinien**

507 Es wird vereinbart, städtebauliche Entwicklungen und Bauleitplanung konsequent
508 klima- und ressourcenschonend auszurichten.

509 Das Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept wird umgesetzt.

510 **Gebäudemanagement und kommunale Liegenschaften**

511 Wir wollen die Umsetzung eines professionellen Gebäudemanagements mit dem
512 Ziel, einen vollständigen Überblick und eine vollständige Bestandsaufnahme über
513 den aktuellen Status aller städtischen Liegenschaften zu bekommen. Darüber hinaus
514 beinhaltet die Bestandsaufnahme bzw. das zu erstellende Kataster auch Bauland,
515 Ausgleichsflächen, Grünflächen/Bäume, Spielplätze und angemietete Objekte. Die
516 relevanten Informationen (z.B. Wärmequelle, Sanierungsbedarf, Nutzung, Vermie-
517 tung/Verpachtung, Finanzierung) sind ebenfalls darzustellen. Die erstellten Kataster
518 sind kontinuierlich fortzuschreiben.

519 Aufbauend auf dem Gebäudekataster erwarten wir einen bewerteten Instandhal-
520 tungs- und Sanierungsplan, um weitere Substanzverluste zu vermeiden. Für den mit-
521 telfristigen Zeitraum ist ein voraussichtlicher Instandhaltungs- und Sanierungsplan
522 (Forecast) aufzustellen. Die relevanten Kosten sind im Wirtschaftsplan des EB Immo-
523 bilien abzubilden.

524 Wir definieren zusammen mit der Verwaltung Großprojekte und überprüfen diese kri-
525 tisch, damit Investitionen wirtschaftlich sinnvoll und tragfähig sind und langfristigen
526 Nutzen bringen.

527 Die Gebäudesanierung erfolgt nach energetischen Standards.

528 **Wärmeplanung und Energie**

529 Die erste kommunale Wärmeplanung wird abgeschlossen.

530 Um den Ausbau erneuerbarer Energien zu unterstützen, werden wir neben den privi-
531 legierten Flächen festlegen wo und in welchem Umfang weitere Flächen im Stadtge-
532 biet ausgewiesen werden können.

533 Es wird geprüft auf welchen städtischen Parkplätzen Photovoltaikanlagen errichtet
534 werden können.

535 Die Nutzung von Photovoltaik wird in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Erft-Kreis ge-
536 fördert, inklusive der Unterstützung von Balkonkraftwerken.

537 Der kommunale Fuhrpark wird schrittweise auf alternative Antriebe umgestellt.

Grünflächen und Stadtklima

Sauberkeit gilt als Vorstufe von Sicherheit. Das bedeutet, dass schon den Anfängen von Zerstörung und Unsauberkeit begegnet werden muss, denn Schmutz, Schmiere-reien und Vandalismus sind herausragende Indikatoren beginnender Verwahrlosung.

Zu diesem Zweck wird der Bauhof personell und materiell so ausgestattet, dass die-ser unmittelbar auf bekannt gewordene Missstände reagieren und diese abstellen kann. Dies umfasst auch Grünarbeiten auf Wegen, Plätzen und Parkanlagen.

Darüber hinaus soll die Zivilgesellschaft, z.B. Vereine oder auch Einzelpersonen, im Rahmen von Patenschaften aktiv in die Stadtpflege eingebunden werden.

Ausgleichspflanzungen werden zeitnah umgesetzt, bevor die Kosten dafür steigen und die Stadt draufzahlt. Es wird nachgehalten, wo nachgepflanzt wurde.

Das im Rahmen des Klimaanpassungskonzepts entwickelte Hitzeschutzkonzept wird umgesetzt.

Im öffentlichen Raum werden mehr Sitzmöglichkeiten geschaffen.

Es wird für das Stadtgebiet geprüft, wie mehr Begegnungsorte geschaffen werden können. Das heißt: Aufwertung öffentlicher Räume durch Grünflächen, Bänke, Spiel-plätze, attraktive Fußgängerbereiche, Installation von Trinkbrunnen, Schaffung von Schattenplätzen, kühlenden Wasserflächen und begrünten Aufenthaltsbereichen – jeweils unter der Maßgabe einer modernen, sicheren, inklusiven und altersgerechten Gestaltung.

Versiegelte Flächen werden, wo möglich, zurückgebaut. Durch Renaturierung wird ermöglicht, dass Regenwasser versickert. Besonders am Bahnhof Liblar und in ande-ren urbanen Bereichen sollen entsiegelte und begrünte Flächen das Stadtklima ver-bessern.

Wir klären gezielt über naturnahe Alternativen zu Schottergärten auf, bis hin zur kon-sequenten Umsetzung der Landesbauordnung.

Das Bahnhofsumfeld wird bedarfsgerecht umgestaltet, um mehr Aufenthaltsqualität, eine ökologische Aufwertung z.B. durch Entsiegelung und eine bessere Verknüpfung von Mobilität und Stadtentwicklung zu schaffen.

Hochwasserschutz und Klimaanpassung

Die Hochwasser- und Starkregenschutzmaßnahmen werden erweitert, insbesondere durch Rückhaltebecken, Renaturierung, Entsiegelung und angepasste Bebauungs-pläne.

Ausgleichsmaßnahmen werden sinnvoll kombiniert, beispielsweise die Renaturierung der Erft in Verbindung mit der Ausweisung von Ackerflächen als Überschwemmungs-gebiete.

Im Rahmen der Klimaanpassung wird geprüft, inwiefern freiwillige Maßnahmen priva-ter Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer, z.B. Zisternen oder Versickerungselemente, durch städtische Anreiz- oder Fördermodelle unterstützt

577 werden können, sofern dadurch öffentliche Entwässerungsanlagen entlastet und In-
578 vestitionskosten reduziert werden.

579 Bei neuer Beleuchtung wird insektenfreundliche Beleuchtung geprüft. Dabei werden
580 Fördervorgaben berücksichtigt.

581 **11. Kommunale Betriebe**

582 **Stadtwerke Erftstadt**

583 **Rolle und Eigentum**

584 Die Stadtwerke übernehmen die Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge in
585 den Bereichen Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Betrieb der Bäder so-
586 wie Heizkraftwerk mit Fernwärmeversorgung am Holzdamms.

587 Das Eigentum am Kanalnetz, an der Wasserinfrastruktur, den Bädern und dem Heiz-
588 kraftwerk verbleibt bei der Stadt Erftstadt bzw. den Stadtwerken. Operative Aufgaben
589 können dauerhaft im Rahmen von Dienstleistungs- und Kooperationsverträgen an
590 Dritte vergeben werden, sofern die Steuerungs- und Gebührenhoheit bei der Stadt
591 verbleibt.

592 **Wasser- und Abwassermanagement**

593 Es wird ein mittelfristiger Gebühren- und Investitionspfad eingeführt, um jährliche Ge-
594 bührensprünge zu vermeiden. Ziel ist eine Glättung der Gebührenentwicklung durch
595 Rücklagen und vorausschauende Planung statt kurzfristiger Senkungen mit anschlie-
596 ßenden Erhöhungen.

597 Die Gebühren sollen langfristig kostendeckend und zugleich sozial verträglich ausge-
598 stellt sein. Grundlage ist ein gemeinsames Leitbild solider und generationengerech-
599 ter Finanzen.

600 Die Trinkwasserversorgung soll in allen versorgten Ortsteilen in hoher Qualität gesi-
601 chert werden.

602 **Bäderlandschaft**

603 Das wohnortnahe Schwimmbangebot soll erhalten bleiben. Die Bereitstellung und fi-
604 nanzielle Absicherung ausreichender Wasserflächen (Hallen- und Freibad) für Schul-
605 schwimmen, Vereine und Öffentlichkeit wird gewährleistet.

606 In Lechenich entsteht ein neues Hallenbad für Vereine und Schulen und das Freibad
607 als Freizeitangebot für alle Bürgerinnen und Bürger wird saniert.

608 Das Engagement der Freibadinitiative Kierdorf wird anerkannt und weiterhin unter-
609 stützt.

610 Für das Freibad Kierdorf wird ein Prüfauftrag verankert. Dieser beinhaltet eine er-
611 neuter, unabhängiger und sachkundiger Prüfung des baulichen und technischen Zu-
612 stands sowie der Sanierungs- und Betriebskosten. Das Verfahren wird gemeinsam
613 mit der Freibadinitiative Kierdorf festgelegt; die entstehenden Kosten sollen möglichst

paritätisch getragen werden. Die Entscheidungsgrundlage erfolgt faktenbasiert durch die Darstellung mehrerer Szenarien (Vollsanierung, Teilsanierung, Umnutzung, „0-Option“) einschließlich Investitionsbedarf, möglicher Förderpotenziale und laufender Kosten.

Heizkraftwerk und kommunale Wärmeversorgung

Die Wärmeerzeugung soll perspektivisch auf möglichst hohe Anteile erneuerbarer Energien umgestellt werden (z.B. Solarthermie, Biogas, Großwärmepumpen), im Einklang mit den örtlichen Klimazielen.

Das Heizkraftwerk soll weiterhin so modernisiert betrieben werden, dass es Wärme und bei Bedarf wirtschaftlich Strom erzeugen kann (KWK). Dazu werden technische Verbesserungen geprüft, die ein flexibles Zu- und Abschalten des BHKW ermöglichen, insbesondere in Phasen hoher Strompreise.

Klimaschutz, Governance und Digitalisierung

Die Stadtwerke entwickeln ein Maßnahmenpaket zur CO₂-Reduktion und Klimaanpassung in den Bereichen Wasser, Abwasser, Bäder und Heizkraftwerk. Berücksichtigt werden dabei unter anderem energieeffiziente Pumpen, Photovoltaikanlagen auf eigenen Gebäuden sowie wassersparende Technologien, jeweils unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit.

Für Bäder, Netze und das Heizkraftwerk wird eine rollierende Finanz- und Investitionsplanung vorgelegt, abgestimmt mit den kommunalen Haushaltszielen.

Die bestehenden digitalen Dienstleistungen (z.B. Zählerablesung, Informationsangebote) werden zu einem vollwertigen Kundenportal mit Verbrauchsübersicht, Online-Rechnung und Tarifinformationen weiterentwickelt.

Eigenbetrieb Immobilien

Bei zukünftigen Bauprojekten wird vornehmlich die Beauftragung von Dienstleistern geprüft. Voraussetzung für eine externe Vergabe ist die Sicherstellung eines laufenden und konsequenten Controllings inklusive der Steuerung seitens der Verwaltung.

Die laufende Grünpflege und Hausreinigung in Wohnimmobilien der Stadt soll zukünftig in Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner organisiert werden.

12. Zusammenarbeit der Koalition

Grundsätze

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichten sich zu einer vertrauensvollen, sachorientierten und verlässlichen Zusammenarbeit.

Demokratische Grundsätze

Wir schließen jede Form der Zusammenarbeit mit verfassungs- oder demokratiefeindlichen Parteien aus.

Unterschriften

Für die CDU Erfstadt:

Stephan D. Bremer
Partei- und Fraktionsvorsitzender

Patrick Morgen
1. stellv. Fraktionsvorsitzender

Lisa-Maria Heerz
2. stellv. Fraktionsvorsitzende

Petra Dünnwald
3. stellv. Fraktionsvorsitzende

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erfstadt:

Stephanie Bethmann
Fraktionsvorsitzende

Kathleen Bausch
Fraktionsvorsitzende

Tina Conrady
Vorstandsvorsitzende

Thommy Mewes
Vorstandsvorsitzender